VR-01-063 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

Titel

Ändern in:
Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 63 bis 68:
Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit.

~~Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir setzen uns für eine Verschärfung der Mietpreisbremse, ein 100 Mrd. Sondervermögen für sozialen Wohnungsbau, die Verlängerung der Sozialbindung von 15 auf 30 Jahre und eine Begrenzung der Renditeausschüttung der großen Wohnkonzerne durch einem Renditedeckel ein.~~

Deswegen brauchen wir verschiedene Maßnahmen, um bezahlbares Wohnen für viele Menschen zu ermöglichen: Wir fordern eine Verschärfung der Mietpreisbremse durch die Abschaffung von Ausnahmen und eine Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Indexmieten sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen warmmietenneutral umgelegt werden. Die Vermietung möblierter Wohnungen muss streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum geahndet werden.

Wir wissen, dass Mieter*innen ihre Rechte häufig nicht kennen oder sich nicht trauen, sie rechtlich durchzusetzen. Dagegen hilft das strengste Mietrecht nicht. Deswegen wollen wir einerseits Mieter*innen besser über ihre Rechte aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, bei der Rechtsdurchsetzung zu unterstützen. So sorgen wir für einen fairen Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt und verhindern, dass einzelne Vermieter*innen sich über geltendes Recht hinwegsetzen können. Kommunen sollen angespannte Wohnungsmärkte eigenständig nachweisen können. Vorkaufsrechte und Baugebote der Kommunen wollen wir stärken. Mietspiegel sollen durch die Verlängerung des Betrachtungszeitraums besser qualifiziert werden.

Mit einer echten Neuen Wohngemeinnützigkeit nach dem Wiener Modell sichern und schaffen wir dauerhaft sozialen und bezahlbaren Wohnraum durch Investitionen und Steuererleichterungen. Unser Ziel ist es, gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen wie Baugenossenschaften stärker zu unterstützen. Privateigentümer*innen, die unter dem Mietspiegel vermieten, wollen wir von Nachzahlungen auf entgangene Gewinne befreien.

Wir fordern, einen Mietenstopp in angespannten Wohnungsmärkten zu ermöglichen. Mietwucher muss durch die Stärkung des §5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft werden, um den Nachweis für Mietende zu erleichtern. Zudem fordern wir ein höheres Förderprogramm zur Aktivierung des Gebäudebestands durch Sanierung, Aufteilung, Aufstockung und Dachgeschossausbau, um leistbaren Wohnraum zu schaffen.

Begründung

Weitestgehende Übernahme des Änderungsantrags aus dem Kreis der BAG Planen, Bauen, Wohnen mit kleiner Ergänzung:
Wir wissen, dass ein Großteil der Mieter*innen ihre Rechte nicht kennen und daher auch nicht durchsetzen, das hat eine Studie von LMU und TU München ergeben (https://www.br.de/nachrichten/bayern/mietpreisbremse-verlaengert-nicht-jeder-findet-das-gut-genug,URS3jCG#). Deswegen braucht es auch eine stärkere Rechtsdurchsetzung, um Mieter*innen zu unterstützen und gleiche Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt herzustellen.
Ansonsten zeigt der Antrag klar auf, dass nicht eine einzelne Maßnahme reicht, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sondern wir ein breites Bündel an Maßnahmen brauchen.

weitere Antragsteller*innen

Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christopher Schriner (KV Berlin-Mitte); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei); Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow); Ute Reitz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Armin Efsharnejat (KV Berlin-Mitte); Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte); Christian Fink (KV Berlin-Mitte); David Tischer (KV Berlin-Mitte); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Sascha Müller (KV Schwabach); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Ansgar Rössig (KV Berlin-Mitte); Uwe Lehmann (KV Berlin-Pankow); Petra Vandrey (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ingo Henneberg (KV Freiburg); sowie 46 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.